

## NACHRICHTEN

## Bundesrat ist gegen Volkswahl

**BERN** sda. Wählt das Volk die Bundesräte, wie dies die SVP-Initiative will, über die am 9. Juni abgestimmt wird, befürchten Bundesrat und Parlament einen Dauerwahlkampf, der die Regierung lähmt und den Schutz der sprachlichen Minderheiten verschlechtert. So begründeten Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** und Ständeratspräsident **Filippo Lombardi** gestern das Nein zur Volkswahl.

## Ventilklausel: Verzicht beantragt

**BERN** red. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates empfiehlt dem Bundesrat mit 12 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen, auf die Anrufung der Ventilklausel bei der Personenfreizügigkeit zu verzichten. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, die Anrufung sei nicht im ausserpolitischen Interesse der Schweiz, da sie negative Auswirkungen auf die Beziehungen zur EU haben könnte.

## Sparpaket wird zerzaust

**BERN** sda/red. Das Sparpaket, das der Bundesrat auf Geheiss des Parlamentes vorgelegt hat, kommt bei den Kommissionen nicht gut an. Jede wehrt sich gegen Sparmassnahmen, die ihre Themen betreffen, seien dies beispielsweise die Sozialwerke, die Entwicklungshilfe oder die Presseförderung. Bundesrätin **Eveline Widmer-Schlumpf** orientierte gestern die Ständerätliche Finanzkommission, dass im Bundeshaushalt ab 2014 wieder Defizite drohen.

## Initiative für mehr Ausbildungsplätze

**BERN** sda. An Schweizer Universitäten werden zu wenig Ärzte ausgebildet. Weil niemand dafür bezahlen will, werden kaum neue Studienplätze geschaffen. Eine Volksinitiative will die Kantone daher verpflichten, mehr zu investieren. Hinter dem Volksbegehren stehen zahlreiche Ärzte, unter ihnen der Herzchirurg **Thierry Carrel**.

## Blocher geht vor Bundesgericht

**AFFÄRE HILDEBRAND** Die Zürcher Staatsanwaltschaft darf Christoph Blochers Computer vorerst nicht untersuchen. Ob es je so weit kommt, entscheidet das Bundesgericht.

KARI KÄLIN  
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Hat SVP-National- und alt Bundesrat Christoph Blocher gegen das Bankengesetz verstossen? Hat er jemanden dazu angestiftet, das Bankgeheimnis zu verletzen? Welche Rolle spielte er im Skandal um Philipp Hildebrand, den ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, der Anfang 2012 wegen Devisentransaktionen auf seinem Privatkonto zurücktrat? Hat Blocher das Faxsimile mit Hildebrands Kontoauszügen dem «Weltwoche»-Journalisten Urs Paul Engeler, der die Affäre enthüllte, zugespielt? Um diese Fragen zu klären, eröffnete die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich am 19. März 2012 ein Strafverfahren gegen Blocher. Einen Tag später durchsuchte sie dessen Haus in Herrliberg und das Büro seiner Beratungsfirma Robinvest in Männedorf. Dabei stellte die Staatsanwaltschaft Dokumente, Gegenstände und Datenträger, etwa Computer und Handy, sicher. Blocher beantragte erfolgreich, die Akten zu versiegeln. Und das bleiben sie vorläufig auch.

## Akten bleiben versiegelt

Das Obergericht des Kantons Zürich ist zwar zum Schluss gekommen, dass die Hausdurchsuchung bei Blocher korrekt war. Zudem hat es am letzten Mittwoch ein Gesuch der Staatsanwaltschaft zur Entseigerung der Blocher-Akten gutgeheissen, wie die Zürcher Staatsanwaltschaft gestern mitteilte. Blocher wehrt sich aber gegen diesen Entscheid und zieht ihn ans Bundesgericht in Lausanne weiter. Damit bleibt das Strafverfahren gegen Blocher – die Rechtskommission des Ständerats verweigerte ihm im letzten Juni die parlamentarische Immunität – blockiert.

Weshalb gelang Blocher ans Bundesgericht? «Es gibt verschiedene Punkte, die wir anders sehen als das Zürcher Obergericht», sagt Blochers Rechtsanwalt Walter Hagger auf Anfrage unserer Zeitung. «Wir sind zum Beispiel der Meinung, dass die Zürcher Staatsanwaltschaft das Gesuch für die Entseigerung ungenügend begründet hat.»

Welche Mängel Hagger genau identifiziert hat, sagte er gestern noch nicht. Er werde sie in der schriftlichen Be-



Rorschach, 6. Januar 2012: SVP-Nationalrat Christoph Blocher macht sich für ein Mediengespräch zur Affäre Hildebrand bereit.

Keystone/Ennio Leanza

schwerde ans Bundesgericht konkretisieren. Zudem soll das Bundesgericht die Frage des Quellenschutzes für Journalisten klären. Blocher und Hagger stellen sich auf den Standpunkt, dass der Quellenschutz nicht nur für den Journalisten gilt, der ein Dokument veröffentlicht, sondern auch für jene Person, die ebenfalls im Besitz des entsprechenden Dokuments ist und Kontakt mit dem Journalisten hatte.

## Verweis auf Quellenschutz

Hagger verweist auf Artikel 264 in der Strafprozessordnung. Dieser besagt, dass Gegenstände «ungeachtet des Ortes, wo sie sich befinden, und des Zeitpunktes, in welchem sie geschaffen worden sind», nicht beschlagnahmt werden dürfen, wenn sie unter den Quellenschutz fallen. Namentlich handelt es sich dabei um «Aufzeichnungen und Korrespondenzen, die aus dem Verkehr zwischen der beschuldigten Person und Personen stammen», die mit Verweis auf den Quellenschutz das Zeugnis verweigern können. Demnach dürfte die Staatsanwaltschaft also weder beim «Welt-

woche»-Journalisten Engeler (was sie auch nicht getan hat) noch bei Blocher Unterlagen von Journalisten sicherstellen.

Die Staatsanwaltschaft Zürich ermittelt in der Affäre Hildebrand gegen drei weitere Personen wegen einer möglichen Verletzung des Bankgeheimnisses. Es handelt sich um den Zürcher SVP-Nationalrat Claudio Schmid, den Thurgauer SVP-Kantonsrat und Anwalt Hermann Lei und dessen Jugendfreund Reto T., den Bankangestellten, der die Screenshots von Hildebrands Kontoauszügen anfertigte. Im Mittelpunkt des Interesses stehen Lei und Reto L. Die beiden besuchten am 3. Dezember 2011 Christoph Blocher in dessen Villa in Herrliberg und äusserten den Verdacht, Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand spekuliere mit Devisen – und zwar ausgerechnet zu jenem Zeitpunkt, in dem die Nationalbank den Mindestkurs gegenüber dem Euro festlegte. Blocher kontaktierte darauf die damalige Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP). Am 23. Dezember 2011 wies die Nationalbank in einem seltsamen Com-

munique die «Gerüchte» gegen Philipp Hildebrand, von denen die Öffentlichkeit gar nichts mitbekommen hatte, als «haltlos» zurück. Der Rest ist bekannt.

## «Kein belastendes Material»

Gemäss der «Weltwoche» übergab Hermann Lei dem Journalisten Engeler die Kontoauszüge Hildebrands. Lei ist überzeugt, dass sich auch sein Verfahren verzögert, weil Blocher ans Bundesgericht gelangt. Er hält es für «untragbar», dass gegen Hildebrand noch kein Verfahren wegen Insiderhandels eröffnet worden sei. «Auf dem Konto des Nationalbankpräsidenten wurde in einer extrem schwierigen Situation gegen den Franken gewettet. Er hat sich durch seine Handlungen im Amt privat bereichert», sagt Lei.

Der Zürcher Anwalt Valentin Landmann vertritt Lei in der Affäre Hildebrand. Er ist überzeugt, dass Blochers Datenträger «kein belastendes Material» bergen – weder für Blocher noch für Lei. Er verstehe aber, dass Blocher den Fall weiterzieht – bei der Frage um die Entseigerung gehe es ums Prinzip.

## Bürgerliche bündeln Kräfte für die Abstimmungskämpfe

**SCHULTERSCHLUSS** Mitte-Politiker wollen das «Erfolgsmodell Schweiz» gemeinsam verteidigen. Und sich dabei von Economiesuisse emanzipieren.

Nach der verlorenen Schlacht gegen die Abzockerinitiative machen sich die Bürgerlichen auf harte Abstimmungskämpfe gefasst: 1:12-Initiative, Mindestlohn, Erbschaftsteuer, Abschaffung der Pauschalbesteuerung kommen bald an die Urne – allesamt linke Anliegen. Dazu kommen Angriffe auf die Personenfreizügigkeit durch die SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung» und die Ecopop-Initiative.

Bürgerliche Politiker – allen voran der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister und der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser – wollen sich mit einer neuen, parteiübergreifenden Organisation gegen diese Flut von Initiativen rüsten. Ihr Verein mit dem Namen «succèsSuisse» soll die «liberale Schweizer Wirtschaftsordnung» verteidigen. Im Vordergrund stünden dabei Werte wie «Freiheit, Rechtssicherheit, eine offene, soziale und durchlässige Gesellschaft, Leistung und Eigenverantwortung». Der Verein stehe allen offen, «die an das Erfolgsmodell Schweiz glauben und täglich daran arbeiten», heisst es auf dessen Webseite, «sei

es als Unternehmerin oder Angestellter, als Politiker oder Verbandsvertreter, als Schreiner oder Anwaltin».

## Zankapfel Personenfreizügigkeit

Prominentes Aushängeschild von «succèsSuisse» hätte neben Pfister und Noser auch der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi werden sollen. Als jedoch klar wurde, dass der Verein nicht nur gegen die Initiativen von links, sondern auch gegen die SVP-Masseneinwanderungsinitiative kämpfen will, zog er sich zurück. «Das war ein «No Go» für mich», so Aeschi. Für die SVP und ihn selber sei das «ein Kernanliegen».

Pfister findet es hingegen konsequent, dass sich «succèsSuisse» auch den Kampf für die Personenfreizügigkeit auf die Fahne schreibt. «Die Wirtschaft ist auf die Personenfreizügigkeit angewiesen», sagt er. Nicht nur die grossen Unternehmen, auch die KMU stünden mehrheitlich dahinter, das zeige eine Umfrage des Gewerbeverbandes. Pfister kann damit leben, dass keine SVP-Mitglieder mit an Bord sind. «Die Mitte muss sich nicht nur von links, sondern auch von rechts abgrenzen», sagt er.

## «Agieren statt reagieren»

Wichtig ist für Pfister vor allem, dass die Mitteparteien sich nicht weiter von den Polparteien SP und SVP hertreiben lassen. «Wir müssen vermehrt agieren, statt nur reagieren», meint er. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitte-Par-

teien – namentlich CVP, FDP, BDP und je nach Thema GLP – solle nicht mehr nur von Kampagne zu Kampagne stattfinden, so wie das heute geschehe, sondern es solle möglich werden, längerfristige Inhalte und Botschaften zu definieren, die auch einen Wiedererkennungseffekt hätten.

Tatsächlich beschränkt sich der Wiedererkennungseffekt von bürgerlichen Kampagnen heute auf die oft ähnlichen



«Wir Politiker dürfen die Kampagnen nicht den Verbänden überlassen.»

GERHARD PFISTER,  
CVP-NATIONALRAT

Werbeplakate und Bildbotschaften der Economiesuisse (bei der Personenfreizügigkeit zum Beispiel der Baum mit den roten Äpfeln). «Zurzeit läuft es meist so, dass eine Partei definiert wird, wel-

che die Kampagne leitet, und dann kommt Economiesuisse und sagt, wie die Kampagne läuft», so Pfister.

## Politiker sollen Köpfe hinhalten

Der Grund dafür ist klar: Die Parteien haben zu wenig Geld, die Kampagnen selber zu finanzieren. Auch die linken Parteien lagern ihre Kampagne deswegen oft an Verbände oder die Gewerkschaften aus. Doch für Pfister ist das unbefriedigend. «Wir Politiker dürfen die Kampagnen nicht den Verbänden überlassen», sagt er. «Die Politiker selbst müssen den Kopf hinhalten und auch hinstehen, wenn eine Abstimmung verloren geht.» Man dürfe sich nicht hinter den Verbänden verstecken.

Das bedinge aber, dass die Politiker vermehrt selber über die Inhalte der Kampagnen mitbestimmen könnten. Und genau deshalb brauche es einen Verein wie «succèsSuisse». Dieser könne die Botschaften definieren und dann bei den Verbänden entsprechende finanzielle Unterstützung einfordern – egal, ob das Economiesuisse, der Gewerbeverband oder der Arbeitgeberverband sei.

## Wenig hilfreiche Selbsterfleischung

Wenig hilfreich für einen bürgerlichen Schulterschluss ist allerdings der Umstand, dass die bürgerlichen Parteien gegen aussen oft zerstritten wirken. So geben sich die Parteiprääsidenten von CVP und FDP, Christophe Darbellay und Philipp Müller, regelmässig aufs Dach.

Jüngst bei der Frage, wer den Lead bei der Kampagne gegen die 1:12-Initiative übernehmen soll. Darbellay verärgerte Müller mit der Aussage, die FDP habe «einen Touch von Bahnhofstrasse». Müller konterte und warf der CVP mangelndes Engagement gegen die Abzockerinitiative vor.

Auch gegenüber der «Zentralschweiz am Sonntag» zeigte sich Darbellay angrifflich. «Heute ist die traditionell konservative CVP fortschrittlicher als die sogenannten Liberalen», sagt er in Anspielung auf den Familienartikel.

## «Persönliche Animositäten»

CVP-Nationalrat Gerhard Pfister findet solche Sticheleien unnötig und kontraproduktiv. «FDP und CVP stehen sich inhaltlich sehr nahe.» Man müsse sich zusammenraufen und «persönliche Animositäten» hintanstellen. Über den Streit zwischen CVP und FDP kann SVP-Politiker Thomas Aeschi nur schmunzeln. «Die Mitteparteien haben generell ein grösseres Problem als wir, ihr Profil zu schärfen», sagt er. Dass die Flanken für die anstehenden Abstimmungskämpfe geschlossen werden sollen, begrüsst Aeschi – auch wenn er selber bei «succèsSuisse» nicht dabei ist.

Der Verein, der vor Wochenfrist an die Öffentlichkeit getreten ist, zählt inzwischen gemäss eigenen Angaben bereits knapp 300 Mitglieder.

JAN FLÜCKIGER  
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch